

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Korrespondent: Amt Norden 2ND3 und 2ND6.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Korrespondent: Amt Norden 11007 und 11008.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, zu Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Abholung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Inserate kosten die Nebengesparte des Wilmersfelder über deren Raum 30 Pf. „Reine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Veranlassungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Montag, den 25. November 1918

Nummer 19

Räte und Regierung.

Die Befugnisse der Räte.

Berlin, 24. November.

An die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands!

Der Vollzugsausschuss des Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenrates hat nach Verständigung mit den Volksbeauftragten des Reichs und Breukens diesen die exekutive Regierungsgewalt übertragen. Er hat sich aber das weitestgehende Kontrollrecht über die Regierung vorbehalten. Die Regierung kann ihre Verwaltungsaufgaben nur dann erfüllen, wenn ihre Maßnahmen nicht durch Einsätze lokaler Arbeiter- und Soldatenräte durchkreuzt werden. Diese Arbeiter- und Soldatenräte haben in ihrem Tätigkeitsgebiet alleinstimmlich das volle Kontrollrecht; sie haben dafür zu sorgen, daß die revolutionären Errungenschaften gesichert und ausgebaut werden. Sie haben sich aber im allgemeinen jeden direkten Einsatzes in die Verwaltung zu enthalten. In der letzten Zeit haben Arbeiter- und Soldatenräte aus rein lokalen Gesichtspunkten heraus selbständige Verfügungen in Angelegenheiten des Ernährungsweins und der Rohstoffversorgung usw. getroffen. Dadurch werden aber die Maßnahmen der Regierung wirkungslos gemacht. Die Regierung hat unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß der Verkehr (Eisenbahn usw.) für das ganze Reich einheitlich geregelt, die Ernährung und die Rohstoffversorgung für das ganze deutsche Volk gesichert wird, und das um so mehr, als die Demobilisierung an den ganzen Verwaltungsapparat unaufgehaltene Anforderungen stellt.

Wir bitten daher die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte des Reichs, im Interesse der Gesamtheit folgende Richtlinien beachten zu wollen:

1. Wo sich die Behörden in den Dienst des neuen Regimes gestellt haben, ist die Führung der Geschäfte im engeren Sinne ihnen möglichst zu überlassen. Nur die für den Geist des Volkes entscheidenden Stellen sind im Einverständnis mit der revolutionären Regierung, neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreicht erscheint. Im übrigen ist eine laufende wachsame Kontrolle, verständlich ausgeübt, einzurichten. Alle föhrenden Eingriffe in die Verwaltung selbst müssen unterbleiben.
2. Verhaftungen dürfen nur in dringenden Fällen unter Verständigung mit den dafür maßgebenden Stellen erfolgen, soweit es sich nicht um Festnahmen im gewöhnlichen Ordnung- und Sicherheitsbereich handelt.
3. Beschlagnahmen irgendwelcher Art (Lebensmittel, Rohstoffe, Kohlen, Gelder) dürfen nur im Einverständnis mit den maßgebenden Stellen erfolgen. Eine Beschlagnahme von Lebensmitteln oder lagernden Vorräten, die für Kommunalverbände und sonstige öffentlichen Körperschaften anderer Orte oder für das Heer bestimmt sind, darf unter keinen Umständen erfolgen.
4. Eine Beschlagnahme öffentlicher Kassen, die im Einverständnis mit der Regierung des Reichs oder der Einzelstaaten den Gemeindevormalungen oder sonstiger öffentlichen Körperschaften verwaltert werden, ist absolut unzulässig, ebenso jeder willkürliche Eingriff in Bankdepots.
5. Alle Eingriffe in den Schiffahrt-, Eisenbahn- und Postverkehr müssen absolut unterbleiben.

Für die Zeit der Demobilisierung haben die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden ihre Aufmerksamkeit auf folgende Maßnahmen zu lenken:

1. Sorge für die Einquartierung.
 - a) Bereitstellung öffentlicher Gebäude für geschlossene Formationen.
 - b) Bereitstellung von Privatwohnungen, die in erster Linie für Frauen in Betracht kommen.
 - c) Bereitstellung leerer Geschäftsräume u. a. für wohnungslose Familien.
 - d) Bereitstellung von Decken, Bettstellen u. dgl.
2. Ernährungsfragen.
 - a) Einrichtung von Passenpfeisereinrichtungen.
 - b) Einrichtung von Feldküchen u. a. an allen größeren Bahnhöfen.
3. Gesundheitliche Maßnahmen.
 - a) Einrichtung von Bädern u. a. in Badeanstalten.

- b) Einwirkung auf die entlassenen Kriegsteilnehmer, ärztliche Untersuchung in Anspruch zu nehmen.
- c) Verweisung kranker Soldaten an die Lazarette.
- d) Ausrüstung über Krankheiten und Ansteckungsgefahr (Blasare).
- e) Den Anordnungen des Sanitätsamtes bez. Seuchengefahr ist unbedingt Folge zu leisten.

4. Arbeitsregelung.

- a) Verweisung der arbeitslosen Kriegsteilnehmer und Rüstungsarbeiter an die Arbeitsnachweise (Platzare).
- b) Einwirkung auf die Arbeitslosen, sich bei den im Augenblick dringend erforderlichen Vorkarbeiten, insbesondere der Kartoffel- und Rübenarbeit, zu beteiligen.
- c) Hinweis der Arbeitslosen auf die Beteiligung an der dringend erforderlichen Be- und Entladung der Güterzüge.
- d) Für die bestehenden Kriegsbetriebe gilt als oberster Grundsatz:
Kein Mann und keine Frau darf arbeitslos werden. Betriebe haben sich so schnell als möglich auf Friedensarbeit umzustellen. Eine Stilllegung der Betriebe soll vermieden werden. Den Anordnungen des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilisation ist Folge zu leisten.

5. Allgemeine:

- Hinweis der heimkehrenden Soldaten darauf, daß der ordnungsgemäße Rücktransport mit der geschlossenen Formation und die vorchristmähige Entlassung für sie folgende Vorteile birgt:
1. Unentgeltliche Verabfolgung eines Entlassungsanzuges.
 2. 50 Mark Entlassungsgeld.
 3. Marschgebührenfreie.

Berlin, den 23. November 1918.

Der Vollzugsrat

des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin.

Eine internationale sozialistische Konferenz.

Unser Amsterdamer Parteiblatt „Der Volk“ berichtet, daß Genosse van Kol ein Telegramm von Henderson erhalten habe, daß die Schwierigkeiten, die der englische Seemannsverband der Ausreise G u y s m a n s nach Belgien bereitet, nun überwunden seien. Die belgische Regierung hat van Kol mitgeteilt, daß sie in England gegen das Verbot der Ausreise von G u y s m a n s protestiert hatte. Genosse G u y s m a n s begibt sich nun nach Belgien, um die Abhaltung einer Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel vorzubereiten.

Amerika und die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Frier, 24. November. Vom amerikanischen Hilfskomitee für die Lebensmittelversorgung sind gestern sechs amerikanische Offiziere hier eingetroffen. Sie verhandelten mit dem Arbeiter- und Soldatenrat und haben die Weiterreise nach Koblenz angetreten.

Die bayerischen A.- und S.-Räte an die Entente.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns versenden folgenden Funkspruch an alle Entente- und neutralen Staaten: Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Bayerns protestieren energisch gegen die herabsetzende Behandlung seitens der englischen Admiralität, die in dem Nichtempfang des Soldatenrats liegt. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sind es an erster Stelle, die das alte Regime gestürzt haben und sich daher der Regierungsgewalt bemächtigen mußten, bis die konstituierende Nationalversammlung die Regierung in die Hand des ganzen Volkes legt. Darum erbitten wir bis dahin die Anerkennung und ersuchen in Zukunft, daß Abordnungen des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates als vollberechtigte, bevollmächtigte Vertreter unseres freien Volksstaates Bayern empfangen werden.

Was sofort geschehen kann — und muß!

Von Prof. Dr. R. Wilbrandt.

Wir veröffentlichen diese interessanten Ausführungen als einen bemerkenswerten Beitrag zur Frage der Sozialisierung.

Der Angelpunkt, um den sich die Tür zur verfassunggebenden Versammlung dreht — und sie dreht sich deshalb bald auf, bald zu —, ist die Frage: Wird es dort eine Mehrheit für den Sozialismus geben? Aller Kampf für Ordnung, Freiheit, Demokratie, gegen die Gewalttätigkeit nach russischem Muster, wird durchkreuzt von dieser banalen Sorge; durchkreuzt von der Einsicht, daß die Freunde der verfassunggebenden Versammlung nicht lauter Freunde des Sozialismus sind.

Demgegenüber kann man sich entweder auf den Standpunkt stellen, daß der Sozialismus dann eben noch etwas warten müsse, weil die Mehrheit für ihn dann erst noch erungen werden muß; man kann sagen: dann ist es eben noch nicht so weit.

Oder man macht sich klar, was auf jeden Fall schon jetzt feststeht, ganz gleich, wie die verfassunggebende Versammlung ausfällt. Das ist es, was ich hier versuchen möchte. Ich glaube zeigen zu können: ohne jedes unbedingte Vorwissen, ohne irgendwelche Unehrlichkeit, ohne Mißbrauch der noch nicht von einer Mehrheit bestätigten Gewalt, ist es so unendlich viel, was schon jetzt getan werden kann, ja getan werden muß, daß der Ausfall der verfassunggebenden Versammlung am Aufbau des Sozialismus nichts mehr ändern kann. Ist dieser Nachweis zu erbringen, dann steht fest: es ist für den Sozialismus gar keine Gefahr, wenn die Mehrheit dort nicht für ihn sein wird; er kann dieser Versammlung mit Ruhe entgegensehen und sie sobald als technisch möglich einberufen, ohne das eigene Leben aufs Spiel zu setzen. Mit einem Wort: Die Errungenschaften der Revolution sind nicht in Frage gestellt, über den Sozialismus wird nicht in der Konstituante entschieden.

Das ergibt sich daraus, daß Tatsachen feststehen, die mit innerer Notwendigkeit den beginnenden Sozialismus ergeben.

Es handelt sich um sieben Punkte:

1. Siedlungsaktion. Den Soldaten ist etwas versprochen worden. Ohne Revolution wurde das Versprechen nicht eingelöst. Der Widerstand hinter den Russen war zu stark.

Es ist versprochen worden: Jedem, der das Vaterland verteidigt hat, soll es auch gehören. Wenn ihr heim kommt, dann sollt ihr nicht wieder vor den Mietskasernen um Wohnung betteln, mit einer überall abgewiesenen Kinderkrippe von Hausbesitzer zu Hausbesitzer irren, sondern unabhängig, gesichert, von dem Druck willkürlicher Mietssteigerungen befreit, auf Gartenland siedeln. Der Boden soll nicht mehr das Monopol einer ihn abherrschenden, vertuernden, mit ihm spekulierenden Rinderheit von Besitzenden sein, sondern euer aller, die ihr euer Blut für ihn hinaugt.

Der Reichstag verlangte einstimmig ein solches Gesetz. Am 21. November hat die deutsche Regierung die Zustimmung der Truppen bei das verbrochene Arieaerheimstätten-gesetz dringend erforderlich. Er blieb monatelang ohne Antwort. Lag das daran, weil Graf Hertling a seines hohen Alters wegen Mon um sechs Uhr ins Bett gehen mußte? Oder gab es Geaner? Offene wohl kaum. Doch um so abschließere. Der Kaiser ließ sich von seinem Liebkind Helfferich ein Gutachten erlassen. Dieser entledigte sich seines Auftrags mit Weisheit. Erst lange Lobprüche auf die gute Absicht, zuletzt die Bemerkung, die heimkehrenden Krieger würden nach diesem Gesetz, das ihnen das unbedingte Veräußerungsrecht nicht gebe, minderen Rechtes sein. Das ist klar durch. Die bedrohten Interessen der Terrainspekulanten und der dahinter stehenden Banken waren gerettet.

2. Kriegsgewinnsteuer. Die Aera Hilferich legte den Grund zu dem Kriegsgewinnsteuergesetz, das im

Klasse soll dazu herangezogen werden, nicht der einzelne... Die Kosten müssen durch progressive Besteuerung der großen Einkommen, Vermögen, Erbschaften aufgebracht werden.

Es kann nur von Vorteil sein, wenn wir die zivilisierte Methode der Expropriierung der Expropriateure durch die Besteuerung wählen und der Kapitalistenklasse das traurige Vorrecht lassen, das sie es war, die bei den Expropriierungen, die sie in ihren Anfängen, den Zeiten der ursprünglichen Akkumulation, vernahm, zu den gewalttätigsten und infamsten Mitteln griff.

Das Los der ausländischen Arbeiter in Deutschland.

Wer da aus Gründen der Unwissenheit noch irgendwie geneigt war, die Maßnahmen des alten Regimes zu beschönigen, der hätte in der geistigen Verarmung russischer, polnischer und jüdischer Arbeiter in Boletsh Festhalten anwesend sein müssen, um sich ein Vorstellungsbild zu schaffen.

Unbedingt notwendig ist es, die hiesigen Kollegen über das Abkommen der Okkupation aufzuklären und ihnen auch Kenntnis davon zu geben, daß der ausländische Arbeiter, der heute hier verjagt werden soll, nachdem er seine Schuldenzeit gelitten hat, ja keine Heimat mehr vorfindet, selbst wenn er dieses Land verläßt.

Um eine ungefähre Schätzung über die Zahl der in Deutschland weilenden fremden Arbeiter zu bringen, kommt Dr. Cohn auf die im Oktober 1917 stattgehabte Botschaft im Kriegsministerium zu sprechen, welche aus Anlaß immer erstlicher werdender Beschwerden damals notwendig wurde.

Weiter sagt Genosse Dr. Cohn, daß die Regierung aus dieser Tatsache nicht etwa, wie es hätte selbstverständlich sein müssen, die Folgerung gezogen habe, nimmermehr besondere Sorgfalt und Humanität gegenüber den fremden Arbeitern walten zu lassen, sondern daß die Regierung durch den Mund dieses Offiziers sogar erklärte, daß sie mit allen Nachmitteln diese Leute festzuhalten versuchen muß, daß sie niemals beurlaubt werden dürfen, weil sie dann nicht zurückkehren, und daß man ihnen keine freie Bewegungsmöglichkeit bieten dürfe, weil sie sich sonst verborgen halten.

Der Redner kommt schließlich auf die Gewerkschaften zu sprechen, die jetzt ebenfalls den Standpunkt vertreten, die ausländischen Arbeiter abzuhalten zu müssen und daß man kein Wort hat für diese Bedauernswerten, die doch wie jeder deutsche Arbeiter und Soldat das Opfer dieses Krieges sind.

In ihrer Resolution erhebt die Versammlung Protest gegen die Minderheit der ausländischen Arbeiter in den hiesigen Betrieben. Es wird darauf hingewiesen, daß der größte Teil der anwesenden Arbeiter gewaltsam aus den Okkupationsgebieten nach hier verbracht worden ist.

Mit allen gegen eine Stimme wird die Resolution angenommen. Diese eine Stimme birgt jedoch keine Ablehnung, sie fordert nur die erhebliche Erweiterung der gefassten Resolution und fordert vor allem die sofortige Einstellung von mehreren tausend schon aus den Betrieben entlassenen Ausländern.

Verlegenes Schweigen.

Die Enthüllungen über die Schuld der Regierung Bethmann Hollweg werden in der Presse wenig kommentiert. Sehr begreiflich. Hat doch die gesamte Berliner Presse damals mit Ausnahme der früheren 'Vorwärts'-Redaktions das geschrieben, was die Leute Bethmanns ihr diktierten.

das war die kostbarste Nacht des Reiches - kein Betrieb, keine Fabrik in ganz Amerika hätte einen von uns aufgenommen. Wir waren ausgeperrt. Das hatten die Herren unter sich ausgemacht. Wir waren am Ende unserer Kraft. Skelette in Lumpen. Der Krieg mit Benjamin Stone ging weiter. Es war kein Friedensschließen mehr denkbar, nur noch Kampf zwischen uns und dem Milliarden. Wir hungerten. Er fuhr im Auto durch die Stadt, täglich. Wir sahen sein gelbes Automobil durch unsere Straßen jagen, wie es ihn von seiner Villa in die Büros der Stone'schen Kompagnie brachte.

terei gelernt hatte, sie waren dabei, auch aus ihm Stones Wüstenfleisch zu machen. Dann kam die Miliz. Schulkinder ritten in uns hinein, einer hieb mich in den rechten Arm. Ich verlor die Bewußtsein. Ich erwachte im Spital des Gefängnisses. Der Säbelhieb hatte den Nerv durchhaut, der Arm verdorrte. Was dann kam?

„In den Schlachtereien der Stone'schen Kompagnie wurden wieder Schweine geschlachtet. Es war alles, als ob nichts gewesen wäre. Nur der Ruffe hatte sich umgebracht, er hatte es nicht ertragen können, daß seinetwegen Blut geflossen war.“

Wilhelm Tell in der Volksbühne.

Wilhelm Tell ist das Hochlied der Freiheit und des Nationalismus, ist die dramatische Bibel der Unterdrückten und der Unteranen. Man kann dieses „Und“ nicht genug betonen, denn nur so wird man des inneren Zwiespals gewahr, der Schillers Werk zerreißt, und den kaum je eine Aufführung wird überbrücken können. Man lese nach, was Ludwig Börne in seinen dramaturgischen Blättern über den Charakter des Wilhelm Tell gesagt hat, Börne, der die Dichtung und den Dichter liebte wie nur einer.

Interessant ist auch der 'Vorwärts'. Er bemerkt zu der Enthüllung nicht mehr als dies: Man hat uns gesagt, in Berlin habe man das Wiener Ultimatum an Serbien nicht gefasst. Eine Lüge! Berlin habe Wien zur Zurückhaltung ermahnt! Eine Lüge! Berlin hat Wien umgekehrt aufgeputzt. Wilhelm sagte in seiner Proklamation: 'Mitten im Frieden hat uns der Feind überfallen!'

Schwere Schuld lastet nicht nur auf den Urhebern, sondern auch auf denjenigen, die es ihnen ermöglicht haben, das freile Spiel so lange fortzusetzen, und die Arbeiter, die allzu lange das Spiel geduldet haben, täten gut, jetzt wenigstens darauf zu achten, daß ihre Gewählten nicht wieder in Gemeinschaft mit ihren Klassegegnern die Früchte der Revolution verdorren lassen.

Die Rotarden und die Deutsche Tageszeitung.

Lebhaft zustimmend drückt die 'Deutsche Tageszeitung' Ausführungen des 'Militärwochenblattes' über die Entfernung der Offiziersabzeichen, Rotarden usw. von den militärischen Uniformen aus, und bemerkt aus eigenem noch dazu:

Wenn die Revolution sich rühmlich diskreditieren will, so muß sie nur weiter an den russischen Mäuren der Rotarden- und Abzeichenjagd und an der Wutsucht festhalten. Jeder Völlerei in den ersten Revolutionstagen im Inneren abgestoßen gefühlt; und die daraus sich ergebende Wersion gegen die Bewegung an sich wird um so tiefer gehen, je länger der Unfug der kindischen Nachahmung russischer Vorbilder andauert.

Der Ton, in dem hier von der Volksbewegung und ihren Neuerungen in den großen Tagen der Revolution gesprochen wird, spiegelt den ganzen Hochmut und die ganze Verbobtheit der Kreise, als deren Sprachrohr die 'Deutsche Tageszeitung' anzusehen ist. Wenn die Massen spontan überall die Entfernung der Symbole des alten Systems, der Offiziersabzeichen und der Rotarde forderten, so ist das gewiß nicht eine Nachahmung russischer Vorbilder.

dem gedemütigt und verärgert fühlt. Und solche Zeit ist heute. Darum wäre der Wilhelm Tell vor vier Wochen noch ein Revolutionärsstück für die Volksbühne gewesen. Jetzt ist ein Stück der Reaktion. Hätte Stahl-Rachbaur als Werner Stauffacher nicht in der Kält-Ebene mit aller Kleinlichkeit überbräusender Gewalt die Freiheitskämpfer über die Köpfe der sechsundzwanzig verdammten Schweizer unmittelbar den dreitausend Menschen der Berliner Volksbühne entgegenschleudert, hätte Wilhelm Dieterle, der Reichshaler, nicht das Revolutionslied in seiner Rolle so monumental - Gollner ward lebendig in seiner Gestalt und seiner Stimme - hingestellt, das dramatische Gedicht Schillers wäre unzeitgemäß verraucht, weil es die Herzen des befreiten Deutschland nicht mehr hat, Friedrich Kahlers Tell war ein starker Tell, aber er ließ halt, weil das Gegenrevolutionäre seines Temperaments, das Allzu-Persönliche und nicht das Allzu-Menschliche auf der Bühne agierte.

Die Bühnenbilder, die sonst Oswald Dülberg gab, trugen noch seinen Charakter, aber man hätte ihre Reizge und gerechte Monumentalität durchbrechen durch Belandungsplereien und Theaterdonner. Die Stulphandische, die Vetta von Brunen trag, damit man ja das Gellstücken nicht verkenne, die trugen auch die Klaffen. Spenglänen auf dem phantastischen Cudenberg, der dem gleich, den die Phantastie Schillers gesehen haben mag, der weder Alpen noch Hirne aus der Anschauung kannte, als er sie besang! Man wird bei der Volksbühne noch lernen müssen, daß die Phantastie des Volkes nicht durch Theatergenüssen bereichert oder vertieft wird. Der abgeschmackte Freireichstaumel von Bühnenfindern und Theaterkritikern war eine able Verlebe, war schlechtes Theater, wie es übrigens auch der Gelehr-Jurtrigant des Lettinger zu Schau trug.

Ulrich Steindorff.

